

Frank Eckardt und Hamidou Maurice Bouguerra (Hg.)

Stadt und Rassismus

Analysen und Perspektiven
für eine antirassistische Urbanität

UNRAST

Einführung: Der Rassismus und die Stadt

Das Jahr 2020 wird in die Geschichte als der Beginn der weltweiten Covid-19-Pandemie eingehen. Wird dies auch für die rassistische Gewalt gelten, die zeitgleich in den USA, der Bundesrepublik Deutschland und vielen weiteren Ländern stattgefunden hat? In den USA nahmen die Proteste der weltweiten ›Black Lives Matter‹-Bewegung im Frühjahr und Sommer in ihrer Größe und in ihrer Beständigkeit eine Dimension an, wie sie es seit den Tagen der afroamerikanischen Bürger*innenrechtsbewegung nicht mehr gegeben hat. Die Polizeigewalt, die in der US-amerikanischen Stadt Minneapolis zum Tod von George Floyd führte, wurde durch ein Video in ihrer Brutalität für viele Menschen sichtbar und erreichte große Teile der Öffentlichkeit. In Deutschland wiederum forderte der Rechtsterrorismus am 19. Februar 2020 in Hanau neun Todesopfer mit türkischer, rumänischer, bulgarischer, bosnischer, kurdischer und Rom-Migrationsgeschichte: Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gülteki. Das Jahr 2020 war dementsprechend nicht nur durch die Pandemie gekennzeichnet, sondern auch vom Kampf gegen den Rassismus in der Gesellschaft.

Das zeitliche Zusammentreffen von pandemischer Krise und Rassismus mag erst einmal Zufall und im Kontext der anhaltenden Radikalisierung im rechten Spektrum vom Infektionsgeschehen unbeeinflusst sein. Denn die deutsche Geschichte zeigt eine Kontinuität des rechten Terrors auf: Das antisemitische Attentat auf die Synagoge in Halle mit zwei Toten im Oktober 2019 oder der Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke in Kassel im Juni 2019 sind nur die aktuellen Beispiele. Diese Attentate stehen in einer Kontinuität, zu der auch der rassistische Anschlag in und am Olympia-Einkaufszentrum in München im Jahr 2016, bei dem neun (post-)migrantische Menschen getötet wurden, zählt. Gleiches gilt für die Mordserie des ›NSU‹, bei der zwischen 2000 und 2007 neun Menschen

mit Migrationsgeschichte mit Schusswaffen und Bomben getötet wurden: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat.

»Die Liste lässt sich verlängern: Oury Jalloh aus Sierra Leone, der in einer Gefängniszelle in Dessau 2005 verbrannte; die Familie Genç, die beim Anschlag von Solingen 1993 zwei junge Frauen und drei Mädchen verlor; die beiden Mädchen Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz und ihre Großmutter Bahide Arslan, die in Mölln 1992 in den Flammen starben; die vietnamesischen Vertragsarbeiter:innen, die 1992 in Rostock-Lichtenhagen im Sonnenblumenhaus verbrennen sollten; die mosambikanischen und vietnamesischen Vertragsarbeiter:innen, deren Wohnheim in Hoyerswerda 1991 mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen wurde, während Anwohner:innen sich dazugesellten und tatenlos zusahen oder Beifall klatschten; die Opfer des Brandanschlages in Duisburg 1984, bei dem sieben Menschen starben und weitere 23 verletzt wurden – in dem Wohnhaus hatten überwiegend Eingewanderte aus der Türkei gewohnt; der 22-jährige Ngoc Nguyen und der 18-jährige Anh Lan Do, die in Hamburg 1980 an furchtbaren Verbrennungen durch Nazispengsätze starben. Diese Aufzählung verdeutlicht: Es handelt sich nicht um Einzelfälle« (Foroutan 2021).

Rassismus in Zeiten der Pandemie

Der Rassismus, der sich unter anderem in rechter Gewalt manifestiert, fällt dennoch auffallend zeitgleich mit Formen des Rassismus zusammen, die sehr wohl mit der Pandemie auftreten. Die mediale und politische Verortung des Ausbruchs der Covid-19-Epidemie in der chinesischen Stadt Wuhan führte schnell dazu, dass alte Vorurteile und Narrative über die ›gelbe Gefahr‹ wieder aktiviert wurden und sich der Rassismus gegenüber asiatisch gelesenen Menschen im Alltag der Gesellschaft verstärkte (Suda et al. 2020). Im Folgenden wurden aber nicht nur die asiatischen Minderheiten zum Ziel von rassistischen Praktiken und Diskursen, die vermeintlich mit der Pandemie zu begründen wären. Selbst der Direktor des Robert Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, sonst immer um die Belegbarkeit seiner Aussagen bemüht, verkündete ohne Verweis auf existierende Daten und auf der Basis von vier Statements von Intensivmediziner:innen, dass Migrant*innen auf den Intensivstationen überrepräsentiert seien und man deshalb »harte Sozialarbeit in Moscheen« forcieren müsse (taz 2021). Als

die *Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfalldisziplin* diesen Aussagen widersprach, rechtfertigte der RKI-Chef seine Äußerungen als »Überlegungen«.

Wenn so prominente und gebildete Menschen wie Lothar Wieler ungeprüft und unüberlegt Vorstellungen übernehmen und in der Öffentlichkeit verbreiten, die angeblich einen Zusammenhang zwischen dem Verhalten einer ethnischen Minderheit und ihrem somit selbstverschuldeten Erkranken an Covid-19 begründen, dann deutet dies darauf hin, dass rassistische Denkmuster in der Gesellschaft keine Randerscheinung sind, sondern auch in »intellektuellen und bürgerlichen« Teilen der Gesellschaft vorhanden sind. In der Rassismus-Forschung sind solche Befunde keine neue Erkenntnis und werden durch zahlreiche Studien immer wieder bestätigt (vgl. Zick, Klein und Melzer 2019; Grau und Heitmeyer 2013, Decker und Brähler 2020). Rassismus als ein vereinzelt Phänomen zu deklarieren und dessen Vorhandensein einzig innerhalb der politischen Rechten zu sehen, erschwert hingegen, rassistische Strukturen zu erkennen und diesen entgegenzuwirken.

Die stigmatisierenden Aussagen Wielers zeigen darüber hinaus auf, dass ein Grundverständnis über rassistische Marginalisierungsprozesse in der deutschen (Mehrheits-)Gesellschaft nicht vorhanden ist. Darüber zu reden, dass mehr Menschen mit Migrationsgeschichte von einer Covid-19-Erkrankung betroffen sind, ist nicht, wie Wieler behauptet, eine »Unsagbarkeit«, sondern vielmehr ist es wichtig zu verstehen, warum eine Kausalität zu vermuten ist. Problematisch ist hierbei die Zuschreibung auf kulturelle oder religiöse Orientierungen der betroffenen Menschen. Vielmehr ist es in der BRD ein »Tabu«, den Zusammenhang mit der sozialen Position der Minderheiten aufzuzeigen und soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft dafür verantwortlich zu machen.

Rassismus als soziale Ungleichheit

Dieser Zusammenhang ist durchaus sehr gut erforscht. So hat die *Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung* eine Studie zum Covid-19-Infektionsgeschehen in Berlin veröffentlicht, die deutlich aufzeigt, dass es »statistisch signifikante positive Zusammenhänge der COVID-19-Inzidenz [gibt] mit dem Anteil der Transferbeziehende [...]». Je höher der Anteil der Arbeitslosen bzw. Transferbeziehende in den

Bezirken ist, desto höher ist die COVID-19-Inzidenz. Außerdem ist die COVID-19-Inzidenz in den Bezirken positiv assoziiert mit dem Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner mit einem Migrationshintergrund sowie mit dem Anteil der nicht EU-Ausländer und -Ausländerinnen.« (SenGPG 2021: 8). Dass ethnische Minderheiten häufiger an Covid-19 erkranken, ist eine international zu beobachtende Erscheinung (OECD 2021) und wurde insbesondere in den USA schon früh konstatiert (Shihipar 2021). Während Schwarze US-Amerikaner*innen und Angehörige der Latinx-Minderheit nur 13 bzw. 18 % der Bevölkerung ausmachen, repräsentieren sie mehr als die Hälfte aller Krankenhauspatient*innen. In Los Angeles sind dreimal mehr Menschen mit Latinx-Hintergrund gestorben als weiße US-Amerikaner*innen.

In vielen Diskussionen wird in den USA deshalb schon länger der Zusammenhang von Rassismus und Gesundheit diskutiert. Abdullah Shihipar, vom People, Place & Health Collective (PPHC) an der Brown University School of Public Health, forderte darum, dass Rassismus als Notfall für die öffentliche Gesundheit eingestuft wird. Nach seiner Vorstellung würden damit Mittel zur Verfügung gestellt werden können, die nicht individuelle Gesundheitsmaßnahmen, sondern auch die Unterstützung lokaler Gemeinschaften ermöglichen könnte: »Untersuchungen ergaben, dass überwiegend weiße Landkreise die niedrigsten Coronavirus-Infektionsraten aufwiesen. Das ist keine Überraschung, da die hohen Krankheitsraten bei Schwarzen und Latinex-Menschen teilweise auf die rassistische Wohnungspolitik zurückzuführen sind« (Übers. d. Hg.).

Eine Studie von Public Health England (2020) bestätigt, dass Angehörige von ethnischen Minderheiten eine bis zu 50 % höhere Chance haben, an dem Virus zu erkranken. Die britischen Forscher*innen legen ihrer Studie eine multivariate Analyse zugrunde, mit der sie auch erkennen können, welche anderen Faktoren dieses erhöhte Erkrankungsrisiko mitproduzieren: Erstens befinden sich Mitglieder der Black, Asian and Minority Ethnic (BAME)-Communitys wahrscheinlicher in der räumlichen Nähe von Orten mit erhöhtem Infektionsrisiko. Dies liegt der Studie zufolge daran, dass BAME-Menschen wahrscheinlicher in städtischen Gebieten, in überfüllten Haushalten und in benachteiligten Stadtteilen leben und arbeiten, die sie einem höheren Risiko aussetzen. Mitglieder der BAME-Communitys sind auch mit höherer Wahrscheinlichkeit im Ausland geboren, was bedeutet, dass sie durch kulturelle und sprachliche Unterschiede Schwierigkeiten

beim Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie sozialen oder gesundheitlichen Dienstleistungen haben könnten. Zweitens besteht für Menschen in BAME-Gemeinschaften ein erhöhtes Risiko, ärmer zu werden, sobald sie eine Infektion erfahren. Die britischen Forscher*innen verweisen zudem auf einige Begleitkrankheiten, die das Risiko von Covid-19 für bestimmte ethnische Gruppen erhöhen. Menschen mit bangladeschischer und pakistanischer Migrationsgeschichte haben in Großbritannien z.B. höhere Raten von Herz-Kreislauf-Erkrankungen als *weiße* Menschen; Menschen aus der Karibik und der afrikanischen Diaspora weisen eine im Vergleich zu anderen ethnischen Gruppen höhere Hypertonie auf (a.a.O.).

Wenn man diese Faktoren zusammen in Betracht zieht, ergibt sich ein Bild von der vielfältigen und gegenseitigen Beeinflussung verschiedener Risiko- und Benachteiligungsprozesse, die sich als Zusammenspiel von Armut, prekären Jobs, kulturellen und sprachlichen Schwierigkeiten und schlechten Wohn- sowie Lebensbedingungen manifestieren. Anstelle einer kulturalistischen oder biologischen Erklärung für die überdurchschnittliche Gefährdung von Menschen ethnischer Minderheiten durch die Covid-19-Pandemie ist deshalb ein intersektionales Verständnis von gesellschaftlichen Ungleichheitsdynamiken (vgl. Weiß 2013) notwendig. Prozesse der Benachteiligung bedingen sich gegenseitig und bringen Menschen in den verschiedenen Feldern der Gesellschaft wie Gesundheit, Bildung, Arbeit, Wohnen und Kultur vielfach in Schwierigkeiten. Die Besonderheit der sozialen Probleme von Menschen, die mit Rassismus konfrontiert werden, ergeben sich durch die Akkumulation von Benachteiligungen in diesen gesellschaftlichen Teilbereichen. In diese gesellschaftliche Position, die eine erhöhte Gefahr der Erkrankung an Covid-19 bedeutet, sind Minderheiten jedoch nicht per Zufall oder erst seit Kurzem gelangt. Ihre gesellschaftliche Marginalisierung und Ausgrenzung ist Ergebnis einer kontinuierlichen Fortsetzung einer gesellschaftlichen Ordnung, in der sie abgewertet und untergeordnet werden. Diese historische Kontinuität von Rassismus lässt sich auf die koloniale Geschichte und die »Geschichte des Weißseins« (Hund 2017) zurückführen. Sie setzt sich fort durch verschiedene Formen der gesellschaftlichen Ordnung, die sich in Sprache, Stereotypen und Vorurteilen, tradierten Handlungsmustern, Wertvorstellungen und der ungleichen Verteilung von knappen Gütern abbildet. Die gesellschaftliche Unterordnung von Minderheiten und »Anderen« geht aber seit dem Kolonialismus auch mit Zwang und Gewalt einher. Im demokratischen

Rechtsstaat werden diese zwar formal nicht geduldet, sie sind aber als eine Form der Selbst-Ermächtigung nach wie vor eine Handlungsoption und in diskursiver oder epistemischer Weise in der Gesellschaft verbreitet (vgl. Brunner 2020). Dieses Fortbestehen von kolonialer Ordnung ist die strukturelle Dimension von Rassismus, die sich jedes Mal reproduziert, wenn es um die Verteilung von Arbeits-, Lebens- und Wohnchancen geht, und die die Ungleichbehandlung von Menschen durch Segregation, Stigmatisierungen, Abwertungen und Praktiken der Nichtsichtbarkeit aufrechterhält.

Die Stadt als struktureller Rassismus

Strukturen der rassistischen Diskriminierung werden in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft sichtbar. Kontinuitäten in Sprach- und Denkgewohnheiten werden gegenwärtig viel diskutiert und stehen meist stark im Vordergrund der aktuellen Rassismus-Debatte. Rassismus in Institutionen wie Parteien, der Polizei, den Vereinen und Organisationen der Kultur und im Freizeitwesen werden immer wieder publik und inzwischen erfreulicher Weise oft auch skandalisiert. Die strukturellen Benachteiligungen im Bereich von Bildung und Arbeit gehören sicherlich zu den härtesten und wichtigsten Feldern der antirassistischen Arbeit, weil gerade hier die Lebenschancen der Menschen auf lange Sicht entschieden werden. Zu den gesellschaftlichen Strukturen, die Rassismus und postkoloniale Ordnungen der Ungleichheit über die Zeit aufrechterhalten und diese generationenübergreifend verfestigen, gehört aber auch der urbane Raum (Eckardt/Hoerning 2012). Die Stadt ist letztlich der Ort, an dem die Intersektionalität der Ungleichheiten sich räumlich abbildet und zugleich verstärkt.

Wie die schon zitierte Studie von Public Health England hervorhebt, sind es vor allem die benachteiligten Stadtteile, in denen Menschen an Covid-19 erkranken und sterben. Der Berliner Senat hat diesen Zusammenhang ebenfalls eindeutig herausgestellt:

»Die Zusammenhangsanalysen zwischen den COVID-19-Inzidenzraten und Indikatoren des Wohnumfeldes auf Bezirksebene zeigen statistisch signifikante positive Zusammenhänge zwischen einer höheren COVID-19-Inzidenz je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner und einem höheren Anteil von Einwohnerinnen und Einwohner in einfacher Wohnlage, einer höheren Bevölkerungsdichte und einem höheren Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Negative Zusammenhänge zeigen sich zwischen einer niedrigeren COVID-19-Inzidenz und einer größeren Erholungsfläche je Einwohner und tendenziell mit einer größeren Freifläche. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Bezirke, die eine ungünstigere Sozialstruktur aufweisen sowie dichter besiedelt sind und in denen weniger Frei- und Erholungsfläche zur Verfügung steht, signifikant stärker von der COVID-19-Epidemie betroffen sind« (SenGPG 2020: 8).

In diesen Stadtteilen sind Migrant*innen deutlich überrepräsentiert. Sie leben dort, weil diese Nachbarschaften für sie bezahlbar sind. In der Regel arbeiten Migrant*innen in Bereichen, in denen nur geringe Einkommen zu erzielen sind, die Arbeitsumstände prekär sind und in Zeiten der Epidemie wenige Chancen für das Home-Office bieten. Das gilt insbesondere für das Gesundheitswesen, die Pflege, in der Reinigungsbranche und im Verkehrs- und Logistikbereich, in denen überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund und häufiger für einen Niedriglohn als Beschäftigte, die in Deutschland geboren wurden, arbeiten (Grabka/Schröder 2019). Die allgemeine Lohnentwicklung in Deutschland seit den 1990er-Jahren hat diese Ungleichheiten noch weiterwachsen lassen und insbesondere Migrant*innen betroffen. Der wachsende Anteil an prekären Beschäftigungsverhältnissen, der politisch durch die sogenannte ›Agenda 2010‹ gewollt war, wurde hauptsächlich von Migrant*innen besetzt, die somit unter schwierigen (Start-)Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt verkehren und sich aus dieser Position – entgegen der Agenda-2010-Logik – nicht herausarbeiten können. Ironischerweise finden sich ausgerechnet in den Berufen, die wir heute in der Pandemie als systemrelevant erfahren, solche prekären Arbeitsbedingungen (Khalil et al. 2020).

Doch Rassismus ist nicht nur über den Arbeitsmarkt strukturell im urbanen Raum verankert, er hat viele Erscheinungsformen und ist in allen Bereichen der Stadtgesellschaft eine Realität. Mit den Beiträgen in diesem Buch sollen die Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlichen Strukturen der Stadt und den vielfältigen Formen von Rassismus und Benachteiligung aufgezeigt und analysiert werden. Wir verfolgen hierbei ein breites Rassismus-Verständnis, das sich in erster Linie über ein Verständnis von sozialer Ungleichheit ergibt und sich nicht an einer wie auch immer zu charakterisierenden Gruppe, die von Rassismus betroffen ist, ausrichtet. Es ist das Anliegen der Herausgeber*innen und Autor*innen, mit diesem Buch einen Beitrag zur aktuellen Rassismus-Debatte in Deutschland zu

leisten, in dem der Blick auf das Thema Stadt gelenkt wird, weil wir glauben, dass die lokale Stadtgesellschaft noch zu wenig Aufmerksamkeit erhält, wenn es um die Diskussion über die Ursachen des strukturellen wie des alltäglichen Rassismus geht und auch um die Frage, was konkret vor Ort dagegen getan werden kann. Es ist der Schnelligkeit dieses Publikationsprojekts geschuldet, dass die Beiträge dieses Buches nicht alle wichtigen Themen aufgreifen können, die in diesem Zusammenhang wichtig sind. Wir bedauern insbesondere, dass der zunehmende Antisemitismus und die Diskriminierung von Sinti*innen und Rom*innen in unseren Städten nicht durch eigene Beiträge aufgegriffen werden konnten. Wir hoffen aber, dass mit diesem Buch dennoch Einsichten in die stadtgesellschaftliche Dimension des Rassismus ermöglicht werden, die bislang im öffentlichen Diskurs nicht in einer stadtsoziologischen Perspektive gedacht werden. Das Buch ist das Ergebnis eines studentischen Forschungsprojektes im Fach Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar, das im Wintersemester 2020/2021 durch eigenständige Arbeiten der Student*innen sowie Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis umgesetzt wurde. Ziel des Buches ist es, die Stadt und die Räume der Gesellschaft als den Ort zu verstehen, an dem sich Rassismus manifestiert und an dem er auch bekämpft werden kann. Nicht zuletzt, weil die öffentliche Diskussion meist aus einer privilegierten *weißen* Sicht geführt wird, kommen in den einzelnen Kapiteln entsprechend auch Autor*innen zu Wort, welche als People of Color selbst von rassistischer Erniedrigung, Beleidigung oder Diskriminierung – z.B. auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, im Bildungsbereich oder von Racial Profiling der Polizei – betroffen sind. Wir hoffen, dass die Leser*innen sich durch die nachstehenden Texte unterstützt fühlen, den Kampf gegen Rassismus fortzusetzen.

Literatur

- Brunner, Claudia (2020) Epistemische Gewalt: Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne. Bielefeld: transcript.
- Decker, Oliver und Elmar Brähler (2020). Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Eckardt, Frank und Johanna Hoerning (2012) Postkoloniale Städte. In: F. Eckardt (Hg.) Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS Springer, S. 263–288.